

Kürzungen beim Bürgergeld: Jobcenter in der Krise! So können wir helfen!

Kürzungen beim Bürgergeld im Haushalt 2025 könnten strukturelle Schäden in der Arbeitsförderung verursachen, warnen Fachverbände.

Berlin - Das Drama um das Bürgergeld nimmt Fahrt auf! Die Ampel-Koalition hat die Haushaltspläne für 2025 veröffentlicht und sie werfen dunkle Schatten auf die Unterstützung für Arbeitslose. Eine gigantische Kürzung von satten 4,7 Milliarden Euro steht auf dem Programm, und das sorgt für Alarmstimmung im Bereich der Sozialförderung!

Statt der ursprünglich vorgesehenen 29,7 Milliarden Euro für das Bürgergeld, sollen nun nur noch 25 Milliarden Euro fließen. Ein Rückgang, der nicht nur betroffenen Menschen das Fürchten lehrt, sondern auch kritische Stimmen aus dem Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe laut werden lässt. „Strukturelle Schäden“, warnen die Experten!

Kürzungen bei Jobcentern versetzen Schlag in die Integration von Arbeitslosen

Und das ist noch nicht alles: Auch die Jobcenter müssen um ihre Mittel bangen. Der Etat für die Eingliederung in die Arbeitswelt wird von 4,15 Milliarden auf 3,7 Milliarden Euro gekürzt. Ein herber Schlag für Maßnahmen, die Menschen in den Arbeitsmarkt zurückführen sollen! „Wichtige Programme zur Arbeitsmarktintegration werden stark reduziert“, beklagt das Netzwerk und fordert sofortige Maßnahmen gegen die drohenden Einschnitte.

„Die geplanten Kürzungen im Haushalt 2025 gefährden die Zukunft“, so die ernüchternde Aussage des Netzwerks. Die bisherigen finanziellen Mittel, die schon im Jahr 2024 als „unzureichend“ kritisiert wurden, haben bereits „strukturelle Schäden in der Arbeitsförderung hinterlassen“. Viele Jobcenter müssen jetzt der bitteren Realität ins Auge blicken: im nächsten Jahr stehen kaum noch Möglichkeiten für öffentlich geförderte Beschäftigung zur Verfügung.

Verheerender Rückgang bei geförderten Stellen - Was nun?

Die Zahlen sind alarmierend! Der Rückgang geförderter Stellen für Langzeitarbeitslose im Bürgergeld ist drastisch. Von rund 10.000 erbrachten Arbeitgeberzuschüssen sind es jetzt nur noch 4.737, und bei Bürgergeld-Empfängern, die schon lange auf Arbeitssuche sind, sanken die Zahlen von maximal 43.000 im Jahr 2021 auf lediglich 34.000 im März 2024. Diesen Abwärtstrend gilt es zu stoppen!

Das Netzwerk warnt: „Jeder Euro, der hier investiert wird, erspart dem Staat in der Zukunft Folgekosten.“ Einsparungen könnten nicht nur Hoffnungslosigkeit auslösen, sondern auch die sozialen Probleme im Land weiter verschärfen. Es ist ein Aufruf zum Handeln für die Bundestagsabgeordneten: Der Arbeitsmarkt braucht dringend mehr Unterstützung!

Und während die politische Debatte über die Höhe des Bürgergeldes tobt – insbesondere über die Anpassung der Regelsätze an die Inflation – könnte der tatsächliche Fokus woanders liegen: Ein besser ausgestattetes Jobcenter könnte der Schlüssel sein, um vielen Menschen eine perspektivische Zukunft zu geben.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de